

In der Kooperation der ‚Anderen‘ kann der gesellschaftliche Übergang angestoßen werden

ROLF BASTIAN

Um zu erkennen, dass wir uns mitten in einem gesellschaftlichen Übergang befinden, reicht ein Blick auf Straßen und Plätze: Wir sehen Menschen unterschiedlichster Herkunft, die vor wenigen Jahren noch nicht da waren. Der Blick in die Medien berichtet von Krisen, Terror, gewaltsamen politischen Auseinandersetzungen, Krieg usw. Fast alles ist anders als noch vor gar nicht langer Zeit, und dieses ‚Andere‘ macht vielen Menschen Angst. Wofür stehen das ‚Andere‘ und die ‚Anderen‘, und wie können wir damit umgehen?

Schlüsselwörter: Neoliberalismus, Unsicherheit, Flüchtlinge, Kooperation, Übergang

Die ‚Anderen‘ auf kultureller Ebene

In der kulturellen Dimension finden wir eine dominierende Steuerungsgröße – die endlose Aneignung von Ressourcen und Anhäufung von Reichtümern, die Reproduktion des „Immer mehr“. Der Historiker und Regisseur Fabian Scheidler hat das in einer vielbeachteten Studie „Megamaschine“ genannt (vgl. Scheidler 2016). Sie begann vor rund 5.000 Jahren in der sogenannten neolithischen Revolution und beruht auf einem doppelt instrumentellen Verhältnis: der Herrschaft über die Natur und die Herrschaft über Menschen. Vor rund 500 Jahren wurde dieses System durch Herausbildung von Kapitalverhältnissen auf eine abstrakte Ebene gehoben und potenziert. Die endlose Akkumulation von Kapital – vereinfacht: aus Geld mehr Geld zu machen – wurde zum alles beherrschenden Ordnungsprinzip, das sich rasch um den Globus verbreitet hat. Von den drei Faktoren, die als Produktionsgrundlage gelten – Boden/Rohstoffe, Arbeit und Kapital – stammt der letztere aus der vorangegangenen Ausbeutung der beiden ersten. Mit der Dominanz der Kapitallogik in immer mehr Lebensbereichen und Territorien sowie ihrer unendlichen Fortsetzung wird

die Herrschaft des Toten (Kapital) über das Lebendige (menschliche Arbeit) festgeschrieben und die Vergangenheit in die Zukunft projiziert.

Diese Grundlagen der Gesellschaft, die ihr offizielles Selbstbild in Frage stellen, werden weitgehend aus dem Diskurs und dem öffentlichen Bewusstsein verdrängt. Sie stellen die andere, dunkle Seite dar, die schließlich die ‚Anderen‘ hervorbringt. Der Soziologe Stephan Lessenich spricht gar von einer „Externalisierungsgesellschaft“, da dieser Ausschluss die Voraussetzung ihrer Existenzform sei (vgl. Lessenich 2016a). Die wirtschaftliche Reproduktion auf beständig zu erweiternder Basis zwingt den Kapitalismus¹ dazu, in seinem Wirkungsbereich auf stets neue gesellschaftliche Bereiche, Felder und Räume auszugreifen. Er sei einerseits ein gigantisches Arrangement der Einverleibung und der dadurch ermöglichten wirtschaftlichen Wertschöpfung, andererseits ein nicht minder groß angelegtes Arrangement der Auslagerung – „und zwar der immensen Kosten ebenjener wirtschaftlichen Wertschöpfung“ (ebenda, S. 43). Die so entstandenen Zentren und Peripherien bedingten einander wechselseitig und seien Teil seiner Existenzgrundlage, denn der Aufstieg der einen werde überhaupt nur durch Zurückbleiben der anderen ermöglicht. Die Externalisierungsgesellschaft könne nichts ihresgleichen neben sich dulden, denn dauerhaft erfolgreiche Versuche heutiger peripherer Regionen, wirtschaftlich aufzuholen, sich den Industriestaaten anzugleichen oder gar eine Balance herzustellen, würden ihr die Voraussetzungen ihrer Daseinsform entziehen. „Sie braucht die Konstruktion eines ‚Außen‘, das zugleich ihr ‚Anderes‘ ist“ (ebenda, S. 80 f).

Viele eindrucksvolle Beispiele, wie die Industrieländer sich Ressourcen (Rohstoffe und billige Arbeitskräfte) einverleiben und

¹ Der Ausschluss des ‚Anderen‘ aus dem öffentlichen Diskurs zeigt sich auch darin, dass analytische Kategorien wie „Kapitalismus“, die Zusammenhänge transparent machen, in den vergangenen Jahrzehnten regelrecht tabuisiert waren.

Probleme (wie Umweltzerstörung, Giftmüll etc.) auslagern, hat der Journalist Tom Burgis im Fall Afrikas detailliert recherchiert. Dort leben rund 70% der extrem armen Menschen in Ländern, in denen Schätze wie Öl, Gas und Mineralien eine dominante Rolle spielen. Er spricht von einem „Ressourcenfluch“, da die Rohstoffindustrie in den Staaten, in denen sie abgebaut werden, fast automatisch Korruption und Unterdrückung erzeuge durch „verborgene Netze von multinationalen Unternehmen, Zwischenhändlern und afrikanischen Potentaten.“ (Burgis 2015, S. 15 ff). Weitere Formen der Einverleibung sind u. a. das Landgrabbing,² bei dem sich Agrarkonzerne weltweit immer mehr wichtige Wasser- und Landrechte sichern – während vertriebene Kleinbauern oft in Megastädten mit riesigen Slums landen – oder die Zerstörung von Regenwäldern zugunsten von Plantagen für Palmöl, das in den Industriestaaten zu einem unverzichtbaren Rohstoff geworden ist.³

Weltweit werden so immer mehr „überflüssige“ Menschen erzeugt – im Sinne der Definition des Schriftstellers Ilija Trojanow: „Überflüssig ist derjenige, dessen Arbeitskraft in den kapitalistischen Kreisläufen nicht profitabel genutzt werden kann“ (Trojanow 2013).

Zur Absicherung dieser weltweiten Ressourcenplünderung setzen die Industrieländer – neben aufgezwungenen „Freihandelsabkommen“⁴ – zunehmend militärische Dominanz ein. So betreiben die USA weltweit mehr als 1.000 Militärstützpunkte und führten, teilweise zusammen mit NATO-Ländern, in den vergangenen Jahrzehnten eine Vielzahl illegaler Kriege⁵, wobei meist der „Krieg gegen den Terror“ als Vorwand diene. „Regime Changes“ haben immer wieder „Failed States“⁶ hervorgebracht, in denen die staatlichen Strukturen zusammengebrochen sind und die Bevölkerung andauernder Gewalt ausgesetzt ist, wie in jüngerer Zeit im Irak, in Syrien, Libyen und Jemen. Daneben führen die USA seit Jahren – ebenfalls unter der Flagge „gegen den Terror“ – per Drohnen Tötungsaktionen aus der Luft gegen Zivilpersonen in anderen Ländern durch. Sehr anschaulich schildert der aktuelle Dokumentarfilm „National Bird“ der Regisseurin Sonia Kennebeck die Wirkung auf eine Bevölkerung, die in steter Angst vor einem unberechenbaren Angriff aus dem Himmel leben muss (<http://nationalbirdfilm.com/>).

Auf diese Weise werden im globalen Kontext unaufhörlich Täter-Opfer-Dynamiken produziert und reproduziert. Große Teile der Weltbevölkerung leben in permanenter Unsicherheit. Ihr Leben ist ständig bedroht: sowohl durch Hungertod – hier wären

auch die Folgen des wesentlich von den Industrieländern mitbewirkten Klimawandels zu nennen – als auch direkte Gewalt in vielfältiger Form.

Vor diesem Hintergrund können wir die globale Fluchtbewegung – von der bisher nur ein kleiner Teil in Europa gelandet ist⁷ – auch so verstehen: Das externalisierte ‚Andere‘ der kapitalistischen Industrieländer kommt an seinen Ursprung zurück – ihr ökonomischer und politischer „Schatten“ wird sicht- und fühlbar.⁸

Unsicherheit als Lebensgefühl

Aber auch in den Industrieländern selbst fallen immer mehr Menschen aus dem Verwertungsprozess und werden zu „überflüssigen Menschen“. Der Soziologe Oliver Nachtwey hat ausführlich untersucht, wie angesichts der Postwachstumskrise – die auf sinkenden Profitraten durch Überakkumulation von Kapital beruht – die „soziale Moderne“ einer „regressiven Modernisierung“ unterzogen wurde (vgl. Nachtwey 2016). Der sozialstaatliche Kapitalismus der Nachkriegszeit wurde in den vergangenen drei Jahrzehnten durch ein neoliberales Modell abgelöst. Die dominierenden kulturellen Attraktoren wurden radikal verändert. In nahezu allen gesellschaftlichen (und auch zwischenmenschlichen) Bereichen wurden Markt- und Wettbewerbsmechanismen implementiert. Staatliche Leistungen wurden reduziert, die sozialen Sicherungssysteme abgebaut. Auch innerhalb der Unternehmen verschoben sich nochmals die Steuerungsgrößen, indem die Logik der Kredit- und Kapitalmärkte auf die Produktionsbetriebe übertragen wurde („Finanzialisierung“). Das Kapital verlangt neben ständiger Ausdehnung einen immer schnelleren Umschlag⁹ und wälzt die ökonomischen wie die gesellschaftlichen Strukturen andauernd um. Durch die europaweit durchgesetzte Austeritätspolitik wurden ganze Regionen wirtschaftlich verwüstet.

Als Folge fallen immer mehr Menschen aus der Produktion.¹⁰ Aber auch wer Arbeit hat, muss sich zunehmend mit prekären, minderwertigen Tätigkeiten zufriedengeben. Der rigide Druck auf die Empfänger staatlicher Leistungen (bekannt als „Hartz 4“) begünstigte in Deutschland den Aufbau eines gigantischen Niedriglohnsektors, in dem heute rund ein Viertel aller Beschäftigten arbeitet.¹¹ Zudem hat sich der Anteil unbefristeter Teilzeitarbeitsverhältnisse in den letzten 15 Jahren mehr als verdoppelt.¹² Auch der Mittelstand gerät unter massiven Druck. Selbst Hochqualifizierte finden oft nur prekäre Anstellungen. Nachtwey spricht generell von einer „Abstiegsgesellschaft“. So wird auch in den Industrieländern Unsicherheit zum dominierenden Lebensgefühl.

2 Vgl. <https://www.oxfam.de/unsere-arbeit/themen/landgrabbing>, <http://www.weltagrabericht.de/themen-des-weltagraberichts/landgrabbing.html>

3 Vgl. <http://www.faszination-regenwald.de/info-center/zerstoerung/palmoel.htm>

4 „Die Freihandelsabkommen, die die EU mit afrikanischen Staaten abschließt (Economic Partnership Agreements genannt), verfestigen die asymmetrischen Handelsbeziehungen. Afrikanische Staaten werden auch zukünftig fast ausschließlich Rohstoffe exportieren, während sie teure Industriegüter und viele Konsumgüter importieren müssen. Denn die EU verlangt von den afrikanischen Staaten, dass sie ihre Märkte für 80% aller EU-Güter öffnen. Dabei sind sie nur bei circa 10 bis 20% aller Güter international wettbewerbsfähig. Übersetzt heißt das: Bei 80 bis 90% der gehandelten Güter haben es afrikanische Unternehmen in Zukunft noch schwerer, sich am Markt zu etablieren und Arbeitsplätze zu schaffen.“ (<https://zebralogs.wordpress.com/2017/03/20/fluchtursache-reichtum-wie-rohstoffreichtum-fluchtbedingen-kann/>) [Datum der Recherche: 18.05.2017]

5 Illegal im Sinne der Definition der UN-Charta: Sie dienten weder der Selbstverteidigung noch lag ihnen ein Mandat des US-Sicherheitsrats zugrunde (vgl. Ganser 2016)

6 Vgl. http://www.laenderdaten.de/indizes/failed_state_index.aspx

7 Vgl. <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/fluechtlinge/zahlen-fakten.html>

8 Auch das komplexe Thema „Terrorismus“ wäre in diesem Kontext zu reflektieren – nicht ausschließlich, aber ganz wesentlich als eine Form asymmetrischer Kriegsführung, die den asymmetrischen Herrschaftsverhältnissen entspringt. Das kann aus Platzgründen hier jedoch nicht weiter ausgeführt werden.

9 Ein Symptom sind z. B. automatisierte Börsensysteme

10 So ist die offizielle Zahl der Langzeitarbeitslosen in der EU von 2008 bis 2015 um 76% von 6,2 auf 10,9 Mio. gestiegen. (Quelle: Eurostat).

11 Vgl. <https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Themen/Beschaeftigung/Beschaeftigung-Nav.html> [Datum der Recherche: 20.05.2017]

12 Im Jahr 2016 wurde fast jede/r dritte Arbeitslose in vergleichsweise schlecht bezahlte und oft nur kurz dauernde Leiharbeitsjobs vermittelt. Vgl. <https://www.miese-jobs.de/chroniken/26-05-17/> [Datum der Recherche: 30.05.2017]

„Beruf, Einkommen und Prestige – nichts erscheint mehr sicher. Wie ein verlassenes Schiff auf hoher See schlingern viele Arbeitnehmer durch das Erwerbsleben, sie sind äußeren Gewalten ausgeliefert und können selbst nicht mehr steuern.“ (Nachtwey 2016, S. 139 f).

Mit der Verkehrung des gesellschaftlichen Diskurses von Aufstieg zu Abstieg hat sich auch das Verhältnis von Vergangenheit und Zukunft umgedreht. Der Soziologe Zygmunt Bauman hat darauf hingewiesen, dass erstmals nach dem 2. Weltkrieg eine junge Generation in Europa von der Zukunft keine Gewinne, sondern Verluste erwarte. Der Fortschritt stehe nunmehr für Bedrohung durch unablässige Veränderung (Bauman 2016).

Wir finden somit das verdrängte ‚Anderer‘ des weltumspannenden kapitalistischen Systems sowohl in den Flüchtlingen und Migranten als auch den prekären und abstiegsbedrohten Menschengruppen in Industrieländern. Sie bilden einen notwendigen inneren Pol dieses Systems, weil es sie braucht, um in seiner heutigen Form bestehen zu können – die Aufhebung des einen ist nur durch Aufhebung des anderen möglich. Dieser Gegensatz existiert nicht nur abstrakt, sondern auch konkret in den kulturellen Gruppen der Vielen und der Wenigen. Die Hilfsorganisation Oxfam veröffentlicht dazu jährlich einige Ergebnisse, und ihr Bericht für das Jahr 2016 weist folgende weltweite Vermögensverteilung aus: Die acht reichsten Männer besitzen 426 Milliarden US-Dollar (mehr als die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung), und das reichste 1 % besitzt 50,8 % des Vermögens – mehr als die restlichen 99 % zusammen (Oxfam, 2017). Diese Verteilung spiegelt sich entsprechend auch innerstaatlich in den USA, Deutschland und anderen europäischen Ländern. Allerdings liegen dort auch die unteren Gruppen noch weit über der sogenannten 3. Welt.

Regeln, Normen und Institutionen

Unter den Herrschaftsbedingungen des „Immer mehr“ sehen sich Menschen also weltweit rigiden kulturellen Regeln unterworfen, die rein ökonomisch-materiell definiert sind: Nur was einen Tauschwert hat, ist lebenswert. Nun haben kollektive Regeln und Normen die Aufgabe, Standards des Zusammenlebens zu definieren. Sie bilden die Grundlage des kollektiven Miteinanders und des Wir-Gefühls von Gemeinschaften. Darauf baut auch die Autorität und Akzeptanz gesellschaftlicher Institutionen auf (vgl. Tomasello 2010, S. 73-81). Die Regeln einer „totalen Inwertsetzung“ (Zelik 2017) menschlicher Beziehungen wurden jedoch niemals vereinbart. Sie haben sich aus den Herrschaftsverhältnissen der Vergangenheit herausgebildet, und die daraus entstandenen asymmetrischen Strukturen sollen mit Ideologie und Macht für die Zukunft festgeschrieben werden. Eine wesentliche Rolle beim ideologischen Ausschluss anderer Gesellschaftsentwürfe spielt der Diskurs in der Politik und den verschiedenen Mainstream-Medien. Er findet meist nicht als Dialog statt, sondern als „Einbahnstraße“ (vgl. Bruder 2016, S. 44).

Die Institutionen (z. B. Gesetzgebung, Exekutive, Rechtsprechung und andere Gremien) verlieren so an moralischer Autorität,

selbst wenn sie formal demokratisch organisiert sind. Unter den Bedingungen asymmetrischer ökonomischer Strukturen stellen sie einen Kompromiss in der Auseinandersetzung gesellschaftlicher Gruppen dar. Einerseits wurden in ihnen die Antagonismen festgeschrieben: Sie beschränken sich auf den politischen Bereich der kulturellen Dimension, wesentliche andere Teile (insbesondere die Eigentums- und Organisationsstrukturen der Arbeit) wurden von vornherein aus der Auseinandersetzung weitgehend ausgeklammert und damit aus der Beziehungsgestaltung auf die dingliche Ebene verlagert. Andererseits bilden sie einen kulturellen Rahmen, in dem die Widersprüche ausgetragen werden können, in dem „der Spaltung der Gesellschaft Rechnung getragen und ihr eine Form gegeben“ wird (Mouffe 2017). Mit dem Vordringen der neoliberalen Hegemonie werden diese Auseinandersetzungen jedoch immer weniger verhandelt, sondern nur noch Varianten zugelassen, die deren Vorgaben entsprechen und häufig als Sachzwang („alternativlos“) dargestellt werden. Das gilt z. B. in Europa sowohl im nationalen Rahmen als auch bei den EU-Institutionen. Damit geraten Institutionen zunehmend in die Krise, denn sie repräsentieren die Vielen immer weniger, die Wenigen immer mehr.

Dieser Prozess wurde auch gefördert durch die neoliberale Einhegung kultureller Bewegungen, die sich ursprünglich der Emanzipation verschrieben hatten, darunter die meisten sozialdemokratischen und linksliberalen Parteien (wie in Deutschland z. B. die Grünen). Auch viele Menschen, die sich als fortschrittlich verstehen, sind der Selbstoptimierungs-Verführung des Neoliberalismus erlegen und beschränken ihre Intentionen auf die Vielfalt und formale Gleichheit von Identitäten (Geschlecht, Hautfarbe, sexuelle Orientierung, Nationalität usw.). Dadurch wurden zwar einige wichtige kulturelle Fortschritte erreicht, die massive ökonomisch-soziale Ungleichheit und insbesondere deren systemischen Wurzeln aber immer mehr ausgeblendet.¹³

Dynamik des Opferdreiecks

Vor diesem Hintergrund fühlen sich viele Menschen als Objekt und Opfer anonymer Kräfte. Kulturelle Regeln, Steuerungsgrößen, Entscheidungen und Handlungen, die der Aufrechterhaltung und Fortsetzung des „Immer Mehr“ dienen, werden vielfach quasi als Naturgesetz dargestellt. Menschen erleben sich so in extrem asymmetrischen kulturellen Beziehungen. Ihre Lebenssituation wird stetig unsicherer und verändert sich immer schneller. Ihr Erfahrungsraum, vor dessen Hintergrund sie Neues einordnen können, trägt immer weniger. Wie Menschen Veränderung bewerten, hängt auch davon ab, wie sie diese erleben. Wer sie als Subjekt gestalten oder zumindest beeinflussen kann, wird sich eher an zukunftsgerichteten Zielen (Attraktoren) orientieren und

¹³ Oliver Nachtwey zeigt dies u. a. am Beispiel der 68er Bewegung und ihrer Erben in Deutschland (Nachtwey 2016, S. 83 ff), für Frankreich hat dies der Soziologe Didier Eribon eindrucksvoll analysiert (vgl. Eribon 2016). In den USA, konstatiert die Politologin Nancy Fraser, sei der Angriff auf die soziale Sicherheit der Arbeiterschaft – insbesondere in der Clinton-Ära – mit Hilfe des „geborgten Charismas liberaler Bewegungen“ erfolgt (Fraser 2017, S. 72 f; vgl. auch Fraser 2013, S. 29ff).

sich diesen in einem Kreislauf der Selbstregulation schrittweise annähern können (vgl. Petzold 2017, S. 82 f, 102). Er spürt also eine Selbstmächtigkeit. Wer jedoch Objekt aufgezwungener Veränderungen ist, empfindet diese meist als bedrohlich und fühlt sich ohnmächtig.

Sich als Objekt zu fühlen, ständig in Unsicherheit zu leben – dies sind zentrale Merkmale eines Opferstatus. Die Menschen reagieren dann leicht aus den Dynamiken des Opferdreiecks heraus (zum doppelköpfigen Dramadreeck siehe Petzold 2015, S. 12 ff). Wer in diesem asymmetrischen Beziehungsmuster gefangen ist, spürt als tiefste Emotion Angst, sein stärkstes Bedürfnis ist Sicherheit. Das Abwendungssystem, das mit Stress gekoppelt ist, dominiert permanent (vgl. Grawe 2004, S. 273 – 300). Die Reaktionen sind (neben Totstellen) Flucht und Kampf. Kampf bedeutet zunächst, dass der/die Betreffende der Opferrolle entkommen will, also Selbstwirksamkeit entwickelt. Schlüpft er dabei allerdings selbst in die Täterrolle, produziert er wieder einen Kreislauf neuer Opfer und Täter. Weiß sich das Opfer allein nicht mehr zu helfen, sucht es häufig einen Retter oder Verteidiger / Rächer – der stellvertretend handelt oder es zumindest verspricht – oder identifiziert sich mit der Richterrolle, aus der heraus es andere be- und verurteilt. Alle diese Rollen verstärken die sich selbst generierende Beziehungsdynamik des Dramadreecks.

Die ‚Anderen‘

Flüchtlinge sind zum großen Teil Opfer globaler ökonomischer und politischer Machtstrukturen, von Hunger und Gewalt/Krieg. Dass in ihnen auch die ausgeschlossenen Aspekte unserer Gesellschaft sichtbar werden, könnte als Chance begriffen werden, die systemischen Zusammenhänge zu diskutieren und gemeinsam unser Gesellschaftssystem so weiterzuentwickeln, dass sowohl für die Bevölkerungsmehrheit der Industrieländer als auch die der heutigen Peripherie eine lebenswerte Zukunft sichtbar wird. Doch werden Flüchtlinge von vielen einheimischen Verlierern des neoliberalen Kapitalismus oftmals als bedrohlich empfunden: Zum einen weil sie als „Boten der Veränderung“ (Lessenich 2016b) darauf hindeuten, dass der Boden der Gesellschaft eben nicht stabil ist (was aber noch vielfach verdrängt wird), zum anderen, weil für viele Menschen Veränderung an sich zu einer Bedrohung geworden ist, weil sie sich ohnmächtig – nicht selbstwirksam und gestaltungsfähig fühlen.

Hier finden rechte Demagogen oft einen Ansatzpunkt. Sie formulieren (vermeintlich) die Anliegen der (einheimischen) Verlierer der neoliberalen Globalisierung und benennen Personen und Institutionen als Täter, als Schuldige, gegen die sich die Wut richten kann. Damit bieten sie ihnen eine Möglichkeit zum Aufbegehren und zugleich eine einfache Erklärung, die leichter verständlich ist als die eher abstrakte Kritik der kapitalistischen systemischen Zusammenhänge. Da sie diese Wurzeln aber ausblenden,¹⁴ ändert

sich nichts an der Situation der Opfer. Allein das Dramadreeck findet neue Nahrung. Zum Erfolg der ethnizistischen Rechten trägt aber auch bei, dass viele ehemals emanzipatorische Kräfte „die Position des Anderen, des Widerstands gegen die totale Inwertsetzung“ (Zelik 2016, S. 16) aufgegeben haben und sie diese nun exklusiv besetzen kann. Ihre Rolle ist umso paradoxer, als sie andererseits direkt an viele Inhalte und Formen der offiziellen Politik und Medien anknüpfen kann, etwa einfache Ursache-Wirkungsmechanismen als Erklärungsmuster oder den massiven Aufbau neuer Feindbilder. Mainstream-Politiker und -Medien verwenden wiederum „Populismus“ als Kampfbegriff, um jedes Aufbegehren gegen die neoliberale Politik zu delegitimieren.

Kooperation für einen neuen Übergang

Lässt sich angesichts dieser kulturellen Spaltung eine Kooperation der vielen ‚Anderen‘ für einen Übergang zu einem anderen Zusammenleben als das auf Grundlage einer totalen Inwertsetzung erreichen? Ich will darüber nicht abstrakt spekulieren, sondern eine ganz konkrete aktuelle Entwicklung anschauen und reflektieren, die dafür viele Beispiele bietet: den überwältigenden Wahlerfolg von Jeremy Corbyn in Großbritannien am 8. Juni. Auch wenn die Ergebnisse vermutlich nicht für einen Regierungswechsel reichen, ist hier etwas grundlegend in Bewegung geraten. Die hiesigen Medien haben diesen Erfolg auf einen Unterschied zwischen „gutem und schlechtem Wahlkampf“ reduziert. Tatsächlich steht dahinter jedoch eine gewaltige kooperative Bewegung, die ausdrückt, wie groß das Bedürfnis nach einer selbstgestalteten, nach Regeln der Gerechtigkeit organisierten Gesellschaft ist. Zunächst nochmals die wesentlichen Fakten:

Die programmatisch völlig umgewandelte Labour Party unter Corbyn gewann 42% der Wähler (im Unterschied z. B. zu den mittlerweile nahezu marginalisierten neoliberalen Sozialdemokratien in Europa). Dies war der größte Zugewinn bei einer Wahl seit dem legendären Sieg von Clement Attlee über Winston Churchill 1945.¹⁵ Bei den 18 bis 34jährigen betrug das Abstimmungsverhältnis gar 63:27%. Dabei schien die Ausgangslage nahezu hoffnungslos: Corbyn hatte mehr als zwei Jahre lang eine nahezu geschlossene Medienkampagne von rechter Massenpresse bis zu linksliberalen Zeitungen und staatlicher BBC gegen sich (vgl. Cammerts et al 2016), die im Wahlkampf nochmals zugespitzt wurde,¹⁶ und musste in seiner eigenen Partei und Fraktion Putschversuche des neoliberalen Flügels durchstehen. Als Folge lag er zu Beginn des Wahlkampfs bei Prognosen noch weit hinter den Konservativen und deren Kandidatin.

Das Wahlprogramm von Labour trug den Titel „For the many, not the few“ (für die Vielen, nicht für die Wenigen).¹⁷ Es forderte

¹⁵ Vgl. <https://www.theguardian.com/politics/2017/jun/09/british-election-explained>; <http://www.independent.co.uk/news/uk/politics/jeremy-corbyn-election-result-vote-share-increased-1945-clement-attlee-a7781706.html>

¹⁶ So versuchte das Massenblatt „Daily Mail“ am Tag vor der Wahl auf geschlagenen 13 Seiten, Corbyn als Komplize des Terrors darzustellen, vgl. <https://www.theguardian.com/media/2017/jun/07/daily-mail-devotes-13-pages-to-attack-on-labour-apologists-for-terror>

¹⁷ Für eine ausführlichere Darstellung des Programms vgl. Shanly 2017.

¹⁴ Vielfach wollen sie die neoliberalen Regeln sogar noch verschärfen, siehe z. B. das Wahlprogramm der AfD.

u. a. die Vergesellschaftung der privatisierten Infrastruktur (wie Bahn und Post), freie Bildung statt hoher Studiengebühren, den Ausbau von Gesundheitssystem, Pflege und Kindergärten, mehr statt weniger Arbeitsrecht und Investitionen in die ökologische Wende. Die dafür notwendigen 52,5 Milliarden £ sollen u. a. durch mehr Steuern für Konzerne und die obersten fünf Prozent finanziert werden. Es lehnte die rassistische Spaltung der Gesellschaft und die Migrations-Obergrenze ab und forderte Gleichbehandlung am Arbeitsplatz, unabhängig von Herkunft, Hautfarbe und Geschlecht – verband also Identitätspolitik mit ökonomisch/sozialer Gerechtigkeit. Selbst angesichts der Terroranschläge kurz vor der Wahl warnte Corbyn davor, die muslimischen Nachbarn zu Schuldigen zu machen, und verwies auf den Zusammenhang von Terror mit Kriegen, die anderswo geführt werden (vgl. Ismail 2017).

Was können wir aus all dem für eine Kooperation im Übergang lernen?

Alternativen aufzeigen

Das Programm richtete sich zwar nicht gegen Grundlagen des kapitalistischen Systems, wohl aber gegen dessen neoliberale Zuspitzung; Labour unter Corbyn war die erste sozialdemokratische Partei, die sich vom Neoliberalismus abwendete. Damit ist die Zeit der vermeintlichen Alternativlosigkeit, der „Sachzwänge“, die die Herrschaft des Toten und der Vergangenheit quasi automatisch fortschreiben, vorbei. Wenn man klare Alternativen formuliert, lassen sich andere Möglichkeiten in die Vorstellung und dann die Erfahrung holen.

Annäherungsziele aus konkreten Bedürfnissen

Im Entwurf selbstgestalteter Formen des Zusammenlebens wurden konkrete Annäherungsziele entwickelt, die aus der Zukunft („wie wollen wir leben“) abgeleitet waren. Damit wurde auch Zukunft selbst wieder von einer Bedrohung zu einem Attraktor. Die Initiatoren setzten nicht an Abstraktionen (wie „Systemklärung“) an, sondern an ganz konkreten Bedürfnissen. Sie haben genaue Vorschläge ausgearbeitet, durchgerechnet und den Wählern zur Entscheidung vorgelegt. Das ermöglicht es vielen Menschen, sich zumindest die Umriss einer anderen Gesellschaft vorzustellen (vgl. Ismail 2017). Diese Annäherungsziele wurden zur Grundlage einer gemeinsamen Intentionalität einer vielschichtigen Bewegung und schließlich einer gemeinsamen Zuversicht, die wiederum neue Handlungsenergien freisetzte.

Authentische Personalisierung

Das Beispiel Corbyn belegt, wie wichtig bei Schritten hin zu einem Übergang eine Personalisierung sein kann. Hier allerdings nicht, um systemische Zusammenhänge zu verdecken oder Täter und Retter zu präsentieren, sondern als Vorbild, das die Alternative konkret fassbar macht. Die Übereinstimmung von Denken, Reden und Handeln Corbyns über viele Jahrzehnte hinweg wurde

von fast allen anerkannt, selbst von Gegnern (die ihn damit eher lächerlich zu machen versuchten als eine Art Zausel, der aus der Zeit gefallen ist). Diese Authentizität bildete eine anschauliche Alternative zu neoliberalen Politikern, die von vielen Menschen als korrupt und verlogen empfunden werden (vgl. Ismail 2017). Unabhängig davon, ob sie dies im Einzelfall charakterlich auch sind, wächst dieses Bild aus ihrer institutionellen Rolle, in der sie verbal den Vielen und faktisch oft den Wenigen dienen. Dies dürfte auch ein wesentlicher Grund sein für die verbreitete Verbitterung und den daraus resultierenden Hass auf die Institutionen.

Kulturellen Diskurs prägen

Die Macht der Mainstream-Medien kann eingeschränkt werden, wenn man sich ihr nicht ängstlich unterordnet. Die Bewegung um Corbyn hat durch die „Selbstaktivierung und Kooperation der Vielen“ (Oberndorfer 2017) eine Gegenöffentlichkeit geschaffen. Eine rasch wachsende Graswurzelbewegung kommunizierte direkt mit der Bevölkerung, und zwar sowohl in direkten Begegnungen als auch durch Nutzung des Potenzials sozialer Medien. Dazu gehörten z. B. offene Wahlkampfveranstaltungen unter freiem Himmel, die Einladung an alle, selbst aktiv zu werden und von Haustür zu Haustür zu gehen oder kleine kreative Kollektive, die Videos, Memes, Sport- und Kulturveranstaltungen mit politischen Botschaften produzierten. Einige Videos von Corbyns Wahlkampfveranstaltungen hatten in den Sozialen Medien mehr als drei Millionen Zugriffe. So konnte der Diskurs von einer „Einbahnstraße“ teilweise in dialogische Formen weiterentwickelt werden.

Handeln schafft neue Dynamik

Der Prozess des Handelns kann eine neue, eigene Dynamik der Kooperation entwickeln. Im Fall Corbyns bestand der Kristallisationskern aus dem jungen, gutausgebildeten Teil der Lohnabhängigen, für welche die neoliberale Erzählung von den Chancen durch individuelle Optimierung stark an Glaubwürdigkeit verloren hat. „Ihre Kreativität, die in ihren Mobiltelefonen geballte Produktivkraft und ihre Organisationskraft rissen bald auch die anderen Teile der Lohnabhängigen mit sich“ (Oberndorfer 2017). So wurden Erfahrungen von Selbstwirksamkeit möglich. Der Kampf um Annäherungsziele brachte viele kreative, fröhliche Formen hervor, die sich von dem oftmals dumpfen Hass und der Verbitterung vieler Abwendungsbewegungen unterscheiden und nicht zu neuen Täter-Opfer-Dynamiken führen müssen. Die Orientierung an gemeinsamen Bedürfnissen und Zielen sowie geteilten Handlungserfahrungen können auch kulturelle Differenzen ausgleichen.

Begegnung und Dialog

Im gemeinsamen Handeln begegnen sich Menschen auf der persönlichen Ebene. Das ist nicht nur wichtig, um Beziehungen aufzubauen und die Vereinzelung zu überwinden. Auch die Gemeinschaft erhält von Begegnungen und Dialogen wichtige Impulse. Der Anthropologe Michael Tomasello hat herausgearbeitet, dass bei der Entwicklung gesellschaftlicher Kooperation und Wertvor-

stellungen sowohl dyadische (zweipersonale) als auch auf die Gemeinschaft bezogene Interaktionen wichtig sind, wobei erstere die ursprüngliche ist (vgl. Tomasello 2016, S. 207 ff). In der Kultur wird oft Trennung erzeugt. In der Begegnung können wir das erleben, was Donald Winnicott und Daniel Stern Intermediärraum und Gegenwartsmoment genannt haben. Im weitesten Sinn sind wir in einer wirklichen Gegenwart in Resonanz mit der globalen oder sogar der universellen Dimension, können vielleicht die allumfassende Verbundenheit spüren (vgl. Petzold 2017, S. 82). Das kann uns helfen, unsere Fähigkeit zur Perspektivübernahme zu aktivieren – uns in den ‚Anderen‘ einzufühlen und hineinzudenken – also anzuerkennen, dass er für sein Denken und Handeln Gründe und Motive hat. Sie ist nach Tomasello die Voraussetzung für die Weiterentwicklung der Kultur (vgl. Tomasello 2014, S. 118 ff).

Erweiterte Demokratisierung?

Eine weitere Erkenntnis: Das Ringen um Institutionen ist einerseits wichtig für einen Übergang, da diese unverzichtbar sind für die Kooperation in großen Gemeinschaften. Parteien, Parlamente und staatliche Organe müssen alle gesellschaftlichen Interessen und Intentionen vertreten, nicht nur die der Wenigen. Das gelingt aber nur, wenn andererseits eine breite Bewegung existiert, die immer wieder offensiv die Grundfrage stellt und diskutiert, welche Art von Gesellschaft wir eigentlich wollen. Nur durch eine solche lebendige „Gegenmacht“ kann die notwendige „gleiche Augenhöhe“ entstehen, die für eine Kooperation unverzichtbar ist; rein repräsentative Ansätze tendieren zu asymmetrischen Strukturen und korrupten Institutionen.¹⁸

Aus einer solche Konstellation könnten dann auch Impulse kommen, Demokratie von einer „Organisationform von Herrschaft“ (so der ehemalige Verfassungsrichter Böckenförde) weiterzuentwickeln zur tendenziellen Aufhebung von Herrschaft: demokratische Entscheidungsprozesse auf alle kulturellen Bereiche auszudehnen, wozu auch die „gemeinsame, bedarfsorientierte Entscheidungsfindung über den Einsatz von Arbeit, Ressourcen, Gütern, Solidarität und Sorge (care)“ (Zelik 2016, S. 37) gehört. Eine solche Synthese muss offen sein, eine Vielfalt der „Logiken“ und Perspektiven zusammenbringen und in einem steten Prozess der Selbstorganisation und kollektiven Lernens die gemeinsame Intention immer wieder neu finden.

Dabei können auch Versuche im kleineren Rahmen hilfreich sein. Beispielsweise hat der Publizist Kai Ehlers die Idee entwickelt, dass sich die „Überflüssigen“ verschiedener Couleur, die aus dem Verwertungsprozess herausgefallen sind, in solidarischen Projekten zusammenfinden können – etwa in Formen von „Commons“, selbstorganisierten Prozessen des gemeinsamen bedürfnisorientierten Produzierens, und damit Erwerbsformen jenseits

einer Logik der endlosen Selbstvermehrung von Kapital entwickeln. So könnten sie zu „Boten einer Gesellschaft der Selbstermächtigung“ werden (vgl. Ehlers 2017). □

Literatur

- Bauman Z (2016): Die Angst vor den anderen. Berlin: Suhrkamp Verlag
 Bruder KJ (2016): Feindbilder – Über die Bedingungen ihrer Entstehung und ihre Bedeutung. In: Kritische Pädagogik Heft 3, Krieg und Frieden, S. 43 – 62. Baltmannsweiler: Verlag Schneider Hohengehren
 Burgis T (2015): Der Fluch des Reichtums. Frankfurt/Main: Westend Verlag
 Cammaerts B, DeCillia B, Magalhães J, Jimenez-Martinez C (2016): Journalistic Representations of Jeremy Corbyn in the British Press: From Watchdog to Attackdog. London: London School of Economics and Political Science. Online: <http://www.lse.ac.uk/media@lse/research/pdf/JeremyCorbyn/Cobyn-Report-FINAL.pdf> [Datum der Recherche: 25.07.2016]
 Ehlers K (2017): „Soziales Kapital“. Chance für die „Überflüssigen“ von heute und morgen? In: Hintergrund Heft 2: S. 22 – 25. Frankfurt: Verlag Selbrund
 Eribon D (2016): Rückkehr nach Reims. Berlin: Suhrkamp
 Fraser N (2013): Neoliberalismus und Feminismus: Eine gefährliche Liaison. In: Blätter für deutsche und internationale Politik Heft 12: S. 29 – 31. Berlin: Blätter Verlagsgesellschaft
 Fraser N (2017): Für eine neue Linke oder: Das Ende des progressiven Neoliberalismus. In: Blätter für deutsche und internationale Politik Heft 2: S. 71 – 76. Berlin: Blätter Verlagsgesellschaft
 Ganser G (2016): Illegale Kriege. Zürich: Orell Füssli Verlag
 Grawe K (2004): Neuropsychotherapie. Göttingen: Hofgrefe
 Ismail F (2017): Das Comeback des Jeremy Corbyn. Online: <http://mosaik-blog.at/corbyn-labour-wahl-grossbritannien-tories-may/> [Datum der Recherche: 09.06.2017]
 Krüger M (2016): Medien im Mainstream. Problem oder Notwendigkeit? Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, Online: URL: <http://www.bpb.de/apuz/231307/medien-im-mainstream> [Datum der Recherche: 14.12.2016]
 Lessenich S (2016a): Neben und die Sintflut. München: Hanser Berlin im Carl Hanser Verlag
 Lessenich S (2016b): Unser Umgang mit Flüchtlingen. Die Welt zu Gast bei Fremden. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.6.2016, Online: URL: http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/der-fluechtling-soziales-ideal-und-doch-fremd-14462648.html?printPageArticle=true#pageIndex_2 [Datum der Recherche: 18.04.2017]
 Mouffe C (2017): Macron, stade suprême de la post-politique. Le Monde. Paris. Online: http://www.lemonde.fr/idees/article/2017/06/01/chantal-mouffe-m-macron-stade-supreme-de-la-post-politique_5136932_3232.html#OsUiqQtOulIXA16.99 [Datum der Recherche: 06.06.2017]
 Nachtwey O (2016): Die Abstiegs-gesellschaft. Berlin: Suhrkamp Verlag
 Oberndorfer L (2017): Was wir von Jeremy Corbyn lernen können. Online: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=38669> [Datum der Recherche: 09.06.2017]
 Oxfam (2017): AN ECONOMY FOR THE 99%. Oxfam Briefing Paper January 2017. London
 Petzold TD (2014): Selbsthilfe, Selbstregulation & Kommunikation. In: Der Mensch Heft 48: S. 11 – 17. Bad Gandersheim: Verlag Gesunde Entwicklung
 Petzold TD (2017): Schöpferische Kommunikation. Bad Gandersheim: Verlag Gesunde Entwicklung.
 Scheidler F (2016): Das Ende der Megamaschine. Wien: Promedia Verlag
 Shanly M, Burtenshaw R (2017): The Blueprint. Online: <https://www.jacobinmag.com/2017/05/labour-manifesto-jeremy-corbyn-theresa-may-election> [Datum der Recherche: 09.06.2017]
 Tomasello M (2010): Warum wir kooperieren. Berlin: Suhrkamp Verlag
 Tomasello M (2014): Eine Naturgeschichte des menschlichen Denkens. Berlin: Suhrkamp Verlag
 Tomasello M (2016): Eine Naturgeschichte der menschlichen Moral. Berlin: Suhrkamp Verlag
 Trojanow I (2015): Der überflüssige Mensch. München: Deutscher Taschenbuch Verlag

Rolf Bastian

Nach einem Studium der Politologie/Soziologie (mit Abschluss Diplom) sowie Wirtschaftsgeschichte und Philosophie arbeitete er viele Jahre als Manager und Selbständiger im Bereich Kommunikation. Heute ist er als Salutogenetisch orientierter Coach Sitz in Mainz tätig. Außerdem schreibt und veröffentlicht er Texte.

Kontakt

Rolf Bastian – Taunusstr. 29 – 55118 Mainz
 Homepage: www.salo-coach.de
 Tel.: +49 (0) 6131 679848
 EMail: rolf.bastian@salo-coach.de



Quelle: Autor

¹⁸ In Großbritannien gibt es bereits Versuche, den Einfluss der neuen gesellschaftlichen Bewegung auf die Institutionen – insbesondere die Möglichkeit einer alternativen Regierung – abzublocken. So bringen sich Abgeordnete des gescheiterten neoliberalen Blair-Flügels erneut gegen Corbyn in Stellung (vgl. z. B. <https://www.theguardian.com/politics/2017/jun/10/chris-leslie-labour-should-have-won-against-theresa-may-open-goal>; <https://www.theguardian.com/politics/2017/jun/10/peter-hyman-labour-election-corbyn>). Auch gibt es Diskussionen um die Gründung einer neuen zentristischen Partei aus neoliberalen Labour- und Tory-Politikern.